# Steuerprivilegien für Fleisch streichen!

Empfänger: (weitere Ebenen, Jusos?), SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

An Fleischprodukten soll zukünftig der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 % angelegt werden. Nach unterschiedlichen Szenarien kann diese Maßnahme zu einem Rückgang der nachgefragten Menge von 2 % bis 10 % beitragen. Die Aufhebung der bisherigen Steuervergünstigung wollen wir mit einer Aufklärungskampagne und einem Maßnahmenbündel zu klimafreundlichem Konsum
verbinden.

Die Streichung der Steuerprivilegien flankieren wir sozialpolitisch. So müssen unter anderem die sozialen Transferleistungen, insbesondere der Hartz-IV-Regelbedarf, erhöht werden. Weiterhin wird eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung eingerichtet, welche mindestens nach den DGE-Standards arbeitet. Ein weiterer Teil der sozialpolitischen Flankierung betrifft die Anpassung der Besteuerung unterer Einkommensgruppen.

Wir streben zudem eine europäische Regelung an.

## Begründung

Im Jahre 1879 erschien erstmals August Bebels berühmtes Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Er beschäftigte sich in diesem auch mit Ernährungsfragen und schrieb: „Für diese zahlreichen Menschen, die gezwungen als Vegetarier leben, wäre zeitweilig ein solides Beefsteak, eine gute Hammelkeule entschieden eine Verbesserung ihrer Nahrung.“

Doch die Zeiten, die gesellschaftlichen Realitäten und die wissenschaftlichen Empfehlungen ändern sich. Wurde damals zu wenig Fleisch konsumiert ist es heute ganz sicher zu viel.

Zwischen 1961 und 2015 stieg der Fleischverbrauch in Deutschland von durchschnittlich 64 kg auf 88 kg pro Kopf und Jahr. Die Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) kritisiert den hohen Tierkonsum: In Deutschland verzehren Männer über 1 000 g Fleisch, Fleischerzeugnisse und Wurstwaren pro Woche. Damit überschreiten sie deutlich den von der DGE zugrunde gelegten Orientierungswert von 300 bis 600 g pro Woche. Frauen liegen mit knapp 600 g pro Woche an der oberen Grenze. Von der wünschenswerten Menge von 400 g Gemüse pro Tag erreichen Männer und Frauen hingegen nur ein Drittel.“

Aber auch die Schlachtzahlen sind gestiegen. Im Jahr 2017 wurden in Deutschland 745 Mio. Tiere geschlachtet. Dabei attestiert das Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ (2015) der Beiräte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dass die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig sind. Darüber hinaus gibt es viele linke Akteure (z.B. Rosa Luxemburg, Willi Eichler) welche die Gewalt an Tieren deutlich weitgehender und kritischer betrachten als wir es unter dem Paradigma „Tierwohl“ heute leider meistens gewohnt sind.

Der Klimawandel ist zu einer Bedrohung für die Menschheit geworden, unter der am meisten die ärmsten Menschen und Regionen zu leiden haben. Eine aktive Klimapolitik ist somit zu einer Frage der internationalen Gerechtigkeit geworden!

Doch alleine der Anteil von tierbasierter Ernährung an den Treibhausgasemissionen wurde im UN International Resource Panel 2016 auf 15% ermittelt. Die tierbasierte Ernährung ist somit ein relevanter Faktor im Kampf für gute Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen geworden.

Im Klimaschutzgutachten 2016 haben die wissenschaftlichen Beiräte Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz sowie Waldpolitik des Bundesministeriums Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) die Klimaauswirkungen eben dieser Bereiche dargestellt und politische Forderungen auf ihre Einspareffekte hin untersucht.

Im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft liegen in der Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten auf eine von der eher konservativen Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) aus gesundheitlichen Gründen empfohlenen Menge mit großem Abstand die größten Einsparpotenziale. Die Wissenschaftlerinnen sind zumindest aus Klimaperspektive von einer politischen Fokussierung auf bio und regional nicht überzeugt und messen auch der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung weniger Gewicht bei.

Bei Betrachtung der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen unterschiedlicher Verzehrsweisen fällt hingegen auf, dass diese einen deutlich unterschiedlich großen Fußabdruck erzeugen. Gegenüber dem Durchschnitt ergibt sich für das Referenzjahr 2006 beispielsweise bei einer Ernährung gemäß den DGE-Empfehlungen eine Einsparung von 9%, bei Ovo-lakto-vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung von 38% (S. 210). Weniger Tierkonsum ist somit klimapolitisch sinnvoll.

Eine mutige SPD, die sich ernsthaft um den Schutz der Tiere und die Einhaltung der Klimaziele bemüht, streicht die steuerliche Privilegierung von Fleisch und flankiert diese Anpassung sozialpolitisch!